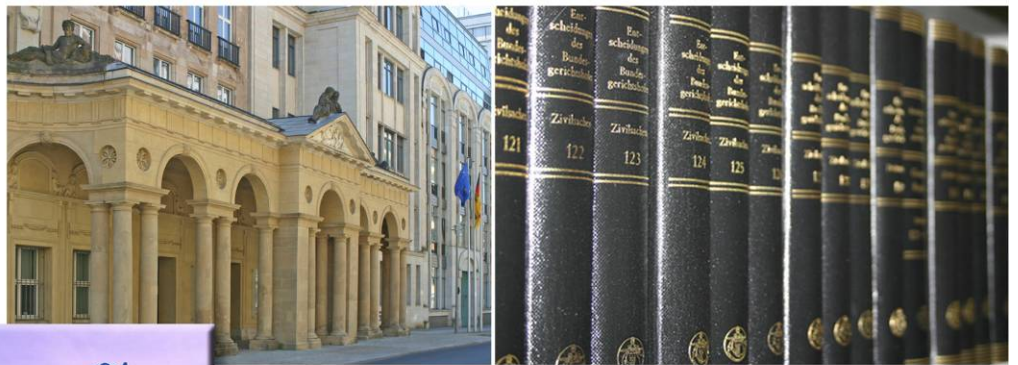


INFORECHT

Aktuelles aus dem Wirtschaftsrecht



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: Deutscher Industrie- und Handelskammertag | 11052 Berlin

Besucheranschrift: Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030-20308-2706 | Fax 030-20308-2777

Redaktion: Annette Karstedt-Meierrieks | E-Mail: kascheike.ludmilla@dihk.de | Internet: www.dihk.de

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles	2
Änderungen im Zuwanderungsrecht zum 01.01.2009.....	2
ELENA-Gesetzentwurf angenommen.....	2
Bewachungsgewerbe, Berufsamerkenungsrichtlinie, Änderung der BewachVO	2
Rechtsausschuss des Europäischen Parlamentes fordert Sitzverlegungsrichtlinie	2
Zeitplan für Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz	2
Vergaberechtsnovelle vom Bundesrat durchgewunken.....	2
Ökodesign: Standby-Verordnung in Kraft getreten	2
Erlaubnispflicht für Finanzierungsleasing und Factoring.....	3
Novellierung Bundesnaturschutzgesetz vorgelegt.....	3
BGH: Eine Firma mit Buchstabenfolgen ist eintragungsfähig, wenn sie artikulierbar ist.....	3
Novellierung des Geräte- und Produktsicherheit	3
Gesetzentwurf für eine Visa-Einlader- und Warndatei	3
Fortbildung in Russland - Russische Regierung lädt zum Training für Geschäftsanbahnungen ein	3
Knapp 1,5 Mio. Unternehmen in das deutsche Handelsregister eingetragen	3
Neue EU-Vorschriften für außervertragliche Schuldverhältnisse: Rom II-Verordnung tritt in Kraft	3
Neuer Handlungsrahmen für die eingesetzten Ausschüsse der EU-Aufsichtsbehörden.....	4
Neuer Praxisleitfaden UN-Kaufrecht	4
Neues bei der Lohn- und Reisekostenabrechnung.....	4
Aktuelle Steuerinformationen.....	4

Aktuelles

■ Änderungen im Zuwanderungsrecht zum 01.01.2009

Mit der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt sind zum 01.01.2009 Änderungen beim Zuwanderungsrecht in Kraft getreten. Dadurch werden Regelungen umgesetzt, die das Kabinett im Juli 2008 im Rahmen des „Aktionsprogramms der Bundesregierung – Beitrag der Arbeitsmigration zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland“ verabschiedet hatte.

■ ELENA-Gesetzentwurf angenommen

Der Bundestag hat am 22.01.2009 den Gesetzentwurf über das Verfahren des elektronischen Entgeltnachweises (ELENA-Verfahren) angenommen.

■ Bewachungsgewerbe, Berufsankennungsrichtlinie, Änderung der BewachVO

Anlässlich der Umsetzung der Berufsankennungsrichtlinie wurde die Bewachungsverordnung geändert. Sie ist im BGBl 2009 am 21.01.2009 veröffentlicht worden und am 22.01.2009 in Kraft getreten.

■ Rechtsausschuss des Europäischen Parlamentes fordert Sitzverlegungsrichtlinie

MdEP Lehne initiiert derzeit auch zur Sitzverlegung einen Initiativbericht des Europäischen Parlamentes. Die EU-Kommission hatte Ende 2007 erklärt, die Arbeiten an einer Richtlinie zur Verlegung des Gesellschaftssitzes einzustellen. Im Rechtsausschuss des Europäischen Parlamentes (EP) wurde nun ein Initiativbericht für das Plenum des EP verabschiedet.

■ Zeitplan für Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz

Der Rechtsausschuss des Bundestages ist derzeit dabei, seine Empfehlungen zur Änderung des Gesetzentwurfs für ein Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) vorzubereiten. Der Ausschuss will am 12.02.2009 seine Empfehlungen beschließen. Das Plenum des Bundestages soll im Anschluss daran am 13.02.2009 die 2. und 3. Lesung durchführen.

■ Vergaberechtsnovelle vom Bundesrat durchgewunken

Am 13.02.09 hat der Bundesrat dem Gesetzentwurf des Bundestags zugestimmt. Die Befürchtungen, dass wegen einer fehlenden Regelung zur interkommunalen Zusammenarbeit das Gesetz noch in den Vermittlungsausschuss kommt, haben sich damit nicht bewahrheitet. Neu im GWB ist eine konkretere Regelung zur Berücksichtigung mittelständischer Interessen durch Losvergabe und zur Beachtung des Vergaberechts auch im Verhältnis zu Nachunternehmern. Dafür wurde der Rechtsschutz für denjenigen verschärft, der einen Antrag auf Nachprüfung bei einer Vergabekammer stellt. Wichtig für die IHK-Organisation: Präqualifizierungsverfahren sind nunmehr gesetzlich möglich. IHKs bzw. von ihnen getragene Auftragsberatungsstellen bieten solch einen Service für Unternehmen aus dem Bereich Lieferungen und Dienstleistungen in einigen Bundesländern bereits an.

■ Ökodesign: Standby-Verordnung in Kraft getreten

Für den Stromverbrauch von Haushalts- und Bürogeräten im Standby-Betrieb gelten zukünftig EU-weite Höchstgrenzen. Dies legt die „Standby-Verordnung“ der Europäischen Kommission fest, die kürzlich als erste Durchführungsmaßnahme der Ökodesign-Richtlinie in Kraft getreten ist. Die Grenzwerte werden ab Januar 2010 für die Hersteller verbindlich.

■ Erlaubnispflicht für Finanzierungsleasing und Factoring

Durch Artikel 27 des am 25.12.2008 in Kraft getretenen Jahressteuergesetzes 2009 wurde für die Tatbestände des Finanzierungsleasings (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 10 KWG) und des Factorings (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 9 KWG) eine Erlaubnispflicht eingeführt. Für Unternehmen, die bereits zuvor entsprechende Finanzdienstleistungen erbracht haben, gilt eine kurze Übergangsfrist.

■ Novellierung Bundesnaturschutzgesetz vorgelegt

Wer sich mit dem Schicksal des Umweltgesetzbuchs intensiver befasst hat, weiß, dass dieses für gescheitert erklärt wurde. Nun sollen zwei Teile gesondert durch das Gesetzgebungsverfahren geschleust werden. Das Bundesnaturschutzgesetz in neuer Fassung liegt vor.

■ BGH: Eine Firma mit Buchstabenfolgen ist eintragungsfähig, wenn sie artikulierbar ist

Der BGH hat am 8.12.2008 (Az. II ZB 46/07) entschieden, dass Buchstabenfolgen nach dem liberalisierten Firmenrecht gemäß § 18 Abs. 1 HGB neben der Unterscheidungskraft auch die erforderliche Kennzeichnungseignung und damit zugleich Namensfunktion (§ 17 Abs. 1 HGB n. F.) zukommt, wenn diese artikulierbar ist. Auf den Wortcharakter komme es dabei nicht an.

■ Novellierung des Geräte- und Produktsicherheitsgesetz

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) plant, das Geräte- und Produktsicherheitsgesetz zu novellieren.

■ Gesetzentwurf für eine Visa-Einlader- und Warndatei

Das BMI legt den Entwurf zur Errichtung einer entsprechenden Datenbank vor. Danach sollen Daten über Personen und Unternehmen gesammelt werden, die Staatsangehörige aus Drittstaaten einladen und dafür ein Visum benötigen. Hintergrund sind zahlreiche Missbrauchsfälle, in denen Personen aus kriminellen Gründen eingeladen wurden.

■ Fortbildung in Russland – Russische Regierung lädt zum Training für Geschäftsanbahnungen ein

InWEnt bietet wieder deutschen Führungskräften und Führungsnachwuchskräften aus KMU eine dreiwöchige Fortbildung in russischen Wirtschaftszentren an. Die russische Regierung lädt dazu ein und übernimmt alle Kosten vor Ort. Bewerbungen sind über InWEnt möglich. Details finden Sie unter www.gc21.inwent.org/mp.

■ Knapp 1,5 Mio. Unternehmen in das deutsche Handelsregister eingetragen

Im Januar 2009 waren 1.469.667 Unternehmen im Handelsregister eingetragen (Stand: 15.01.2009). Das sind 25.000 Eintragungen mehr als noch im April 2008. Darunter waren knapp 1.032 Mio. Kapitalgesellschaften und über 437.000 Personengesellschaften. Ferner waren 19.977 ausländische Kapitalgesellschaften in das Handelsregister eingetragen.

■ Neue EU-Vorschriften für außervertragliche Schuldverhältnisse: Rom II-Verordnung tritt in Kraft

Die Verordnung (EG) Nr. 864/2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende

de Recht (Rom II) gilt seit dem 11.01.2009 in allen EU-Staaten mit Ausnahme von Dänemark.

Die Rom II-Verordnung ersetzt die in den einzelnen Mitgliedstaaten bisher unterschiedlichen Regelungen über das anwendbare außervertragliche Schuldrecht bei grenzüberschreitenden Sachverhalten. Sie schafft damit einheitliche Vorschriften in Europa für Schuldverhältnisse aus unerlaubter Handlung und aus anderen gesetzlichen Schuldverhältnissen (insb. ungerechtfertigte Bereicherung und die Geschäftsführung ohne Auftrag).

Die Rom II-Verordnung tritt neben eine Reihe von Regeln, die das internationale Privatrecht europaweit vereinheitlichen. So hatte die EU 2001 bereit mit der Brüssel I-VO die Vollstreckung und Gerichtsbarkeit geregelt. Die Verordnung (EG) 593/2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I) gilt ab dem 17.12.2009.

■ Neuer Handlungsrahmen für die eingesetzten Ausschüsse der EU-Aufsichtsbehörden

Die Europäische Kommission hat den Handlungsrahmen für die Ausschüsse der europäischen Bankaufsichtsbehörden (CEBS), dem Ausschuss der europäischen Wertpapierregulierungsbehörden (CESR) sowie dem Ausschuss der europäischen Aufsichtsbehörden für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (CEIOPS) durch drei Beschlüsse geändert.

Mit den Beschlüssen soll die Funktionsweise der Ausschüsse verbessert werden. So werden die Aufgaben der Ausschüsse klarer definiert. Neu ist auch, dass die Ausschüsse zwei Mal jährlich Berichte über die Finanzmarktstabilität in den betroffenen Sektoren vorlegen müssen. Um die Handlungsfähigkeit der Ausschüsse zu verbessern, können Beschlüsse – für den Fall, dass kein Einvernehmen erzielt werden kann – mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden.

Die Beschlüsse wurden im Amtsblatt L 25 vom 29.01.2009 veröffentlicht.

■ Neuer Praxisleitfaden UN-Kaufrecht

In der DIHK-Publikation „UN-Kaufrecht“ werden die Vor- und Nachteile des UN-Kaufrechts für die unternehmerische Praxis verständlich erörtert. Anhand von häufig auftretenden Fragen werden einzelne Inhalte des UN-Kaufrechts erläutert und aus der Sicht des deutschen Unternehmens bewertet. DIHK-Bestellservice: <http://verlag.dihk.de>.

■ Neues bei der Lohn- und Reisekostenabrechnung

Die DIHK-Publikation „Lohnsteuer/Reisekosten 2009“ stellt die neuen steuerlichen Rahmenbedingungen für das Lohnbüro dar. Eingegangen wird auch auf die neuen Sachbezugswerte 2009, die Berechnung von geldwerten Vorteilen bei Dienstwagengestellungen sowie Änderungen im steuerlichen Reisekostenrecht. DIHK-Bestellservice: <http://verlag.dihk.de>.

■ Aktuelle Steuerinformationen

finden Sie unter:

<http://www.dihk.de/inhalt/themen/rechtundfairplay/steuerrecht/steuerinfo/index.html>